

Guatemala, Ende Juli 2024

Notizen einer Maya-Journalistin, die das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigt. (1)

Während die Preise für Gemüse und Produkte des Grundwarenkorbsteigen, die Bevölkerung versucht, ihr wirtschaftliches Einkommen zu verwalten und Pfirsiche und Äpfel – einheimische Früchte der Saison – auf den Tisch zu bekommen, ist der guatemaltekeische Staat vom Pakt der Korrupten und Straflosigkeit betroffen.

Das Verfahren für die Ernennung der RichterInnen für das Oberste Gericht (CSJ) und das Berufungsgericht ist in vollem Gang. Die RechtsexpertInnen, die an der Spitze der Gerichte stehen werden, sollten auf ethische und transparente Weise ausgewählt werden.

Ich werde anhand von Fällen, bei denen die Gerichte eingreifen, aufzuzeigen, weshalb die Neuwahl der RichterInnen ein entscheidender Wettlauf um Veränderungen im Justizsystem Guatemalas ist und warum diese Veränderungen auch die Demokratie betreffen können, die während mehr als 106 Tagen auf der Straße verteidigt wurde.

Die Kriminalisierung in Guatemala zielt darauf ab, das Recht der organisierten Bevölkerung, ihre Meinung zu äußern und zu demonstrieren, einzuschränken und Menschenrechtsverteidiger, Journalistinnen und Justizmitarbeitende zu inhaftieren oder ins Exil zu schicken, weil sie die Wahrheit sagen und sich integer verhalten. Dies ist der Fall von José Rubén Zamora, Journalist und Gründer der Zeitung *el Periódico*, der am 29.

Juli zwei Jahre Haft, Isolation, physische und psychische Folter hinter sich hat.

Justizmitarbeitende, die über die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) der Staatsanwaltschaft (MP) Korruptionsfälle untersuchten, werden verfolgt und ins Exil gezwungen, wie im Fall des ehemaligen Leiters der Einrichtung, Juan Francisco Sandoval, der drei Jahre im Exil verbrachte. Am 17. Juli verabschiedete sich Virginia Laparra, die ehemalige Leiterin der FECI in Quetzaltenango, mit einem Brief ins Exil, weil sie ihr Leben weiter in Gefahr sieht. Dies, nachdem sie am 8. Juli in einem zweiten Fall verurteilt worden war.¹

Die Kriminalisierung von Justizmitarbeitenden und JournalistInnen hat unter der Regierung von Alejandro Giammattei zugenommen, aber diese systematische Praxis wird auch von indigenen Völkern erlebt. Die indigenen Maya Ch'orti müssen sich vor Gericht verantworten, weil sie sich gegen den Bergbau in der «Cantera los Manantiales» gewehrt haben. Zehn Personen wurden vor Gericht gestellt, das Verfahren sollte am 18. Juli beginnen, wurde aber auf Februar 2025 verschoben. Ihr Verbrechen besteht darin, ihren Unmut über die Verschmutzung des Wassers, die Zerstörung der Wälder und die Gesundheitsprobleme durch die Förderung von Antimon² im Tagebau zum Ausdruck zu bringen.

Während ein Teil der Bevölkerung diese Gerichtsfälle aufmerksam verfolgt, rückt die Grenze zu Mexiko in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit: seit Mitte Juli sind Dutzende

¹ Virginia Laparra war im Februar 2022 verhaftet und im Dezember des gleichen Jahres vier Jahren Haft verurteilt worden, weil sie ein Verfahren gegen einen korrupten Richter eingeleitet hatte. Nach fast zwei Jahren Haft wurde sie im Januar 2024 in Hausarrest entlassen. Im April 2023 wurde ein zweites Verfahren gegen sie eröffnet. Amnesty International erklärte Laparra 2022 zur politischen Gefangenen und dokumentierte in einem Bericht, wie

ihre Verfahrensrechte verletzt wurden: [Guatemala: Todo el sistema en contra: Criminalización de mujeres operadoras de justicia y defensoras de derechos humanos en Guatemala - Amnistía Internacional \(amnesty.org\)](#)

² Antimon ist ein giftiges, seltenes Halbmetall. Es wird hauptsächlich in Legierungen mit Zinn und Blei verwendet und findet Verwendung in der Halbleitertechnik.

mexikanische Familien³ in die Grenzgemeinden im Westen Guatemalas geflohen, um sich vor den eskalierten Streitigkeiten zwischen Drogenhändlergruppen in Sicherheit zu bringen. Das verschärft die humanitäre Krise durch eine weitere Form der Migration.

Eine andere Migrationsroute, die seit 40 Jahren von den Ölgesellschaften umkämpft ist, befindet sich im Nationalpark Laguna del Tigre im Norden Guatemalas (Maya-Biosphäre). Die Beobachtungsstelle für die Rohstoffindustrie (OEI) hat kürzlich die Auswirkungen zweier Unternehmen und die Straflosigkeit, die zum Verlust der Wälder führt, dargestellt⁴. Demnach hat das Erdölunternehmen Perenco das Verfassungsgericht beeinflusst, um seine Lizenz zu verlängern, die im Jahr 2025 enden wird.

Im Zentrum von Guatemala-Stadt, wo sich die Vertreter der Legislative befinden, laden die Abgeordneten die Minister der Regierung von Präsident Bernardo Arévalo vor, um die Regierung zu schwächen und zu verhindern, dass sie vorankommt. Derselbe Kongress verweigerte die Zustimmung zum Regierungsdekret 2-2024, das von der Exekutive erlassen wurde, um die durch die ständigen Regenfälle zerstörten Straßen zu reparieren, was zu einem Verkehrschaos im Land führte und die Unzufriedenheit der betroffenen Bevölkerung schürte. Dies ist das zweite Mal, dass die Abgeordneten die Regierung Arévalo nicht unterstützen.

Die anhaltenden Winterregenfälle im Juni und Juli führten zu Straßenerstörungen und Erdbeben, so auch auf der Interamerikanischen Strasse im Abschnitt El Libramiento. Der Strassenabschnitt ist seit langem in Kritik.

Gebaut wurde sie unter der Regierung des ehemaligen Präsidenten Jimmy Morales von den beiden Firmen CONASA und RENOVA. Am 26. Juli wurden zwei Vertreter der Firmen wegen Betrugs zu drei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Weil sie sich jedoch schuldig bekannten, müssen sie keine Haftstrafe verbüßen und können ihre Strafe für den Betrug am guatemalteckischen Staat mit weniger als einem Euro pro Tag abbezahlen. Die Baufirmen erhielten Aufträge im Wert von mehr als neun Millionen Euro. Im selben Fall wurde der ehemalige Leiter der Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft, Stuardo Campo, der die Korruption beim Bau der Umgehungsstraße untersuchte, von der Stiftung gegen den Terrorismus (Fundaterror) angezeigt, in der Folge eröffnete die Staatsanwaltschaft ein Verfahren und inhaftierte ihn.

Es macht den Anschein, dass die Justiz einen bestimmten Sektor begünstigt und diejenigen verfolgt, die sich für die Demokratie einsetzen. Während bei unzähligen Anzeigen keine Untersuchungen eingeleitet werden oder diese nur sehr schleppend vorangehen, hat die von Consuelo Porras geleitete Staatsanwaltschaft die Ermittlungen zu den von den politischen Parteien erhobenen Vorwürfen des Wahlbetrugs durch die Regierungspartei SEMILLA bei den vergangenen Wahlen vorangetrieben und Computer vom Obersten Wahlgericht (TSE) beschlagnahmt. Diese enthalten laut TSE u.a. das Wahlregister, wodurch sensible Personendaten in Gefahr sind. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen RichterInnen des Wahlgerichts sowie gegen BürgerInnen, die in lokalen und regionalen Wahlgremien mitarbeiteten. Diese Strafver-

³ Gemäss Information der guatemalteckischen Migrationsbehörden vom 25. Juli suchten in den letzten Tagen rund 580 Menschen aus Chiapas Schutz in Guatemala.

⁴ [Observatorio de Industrias Extractivas \(oiegt.org\)](https://www.oiegt.org/)

folgungen sind eine weitere Bedrohung der Demokratie.

Die indigenen Autoritäten, die nach den Wahlen letztes Jahr 106 Tage lang ihren Widerstand zur Verteidigung der Demokratie aufrechterhalten haben, wandten sich im Juli erneut an die Öffentlichkeit und stellten das Verhalten des Kongresses in Frage: dieser sollte die von Präsident Arévalo mit dem Dekret 40-94 vorgeschlagene Reform des Artikels 14 des Grundgesetzes der Staatsanwaltschaft behandeln. Doch die Session wurde wegen fehlendem Quorum suspendiert. Die Annahme des Dekrets würde Präsident Arévalo ermöglichen, Generalstaatsanwältin Porras abzusetzen. Das Fehlen im Kongress zeigt, dass zahlreiche Abgeordnete weiterhin die Handlungen von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras unterstützen.

In ihrem Kommuniqué riefen die indigenen Autoritäten die Abgeordneten zudem dazu auf, ihr Mandat zur Wahl der Richterinnen und Richter auf transparente Weise wahrzunehmen. Ebenso forderten sie, dass das Verfassungsgericht, die Handelskammern der Wirtschaftseliten, die Staatsanwaltschaft und den Obersten Gerichtshof jegliche Handlungen einstellen, die den Prozess der Bildung der Wahlkommissionen manipulieren.

Die Neuwahl der RichterInnen ist für das Land wichtig, da das Justizsystem in den letzten beiden Wahlperioden der Ernennungskommission hinterherhinkte und korrupte Richter im Amt ließ. Wenn es keine wesentlichen Änderungen gibt, könnten Politiker, die der Korruption beschuldigt werden, von korrupten Richtern geschützt werden und das Justizsystem weiterhin zum Vorteil des Paktes der Korrupten genutzt werden.

Juan Pablo Muñoz von der zivilgesellschaftlichen Allianz für Reformen (Alianza por las reformas), die den Wahlprozess der Kommission aufmerksam verfolgt und sich an der Seite der Zivilgesellschaft zu Wort gemeldet hat, erklärte uns, wie wichtig der Prozess für die Bevölkerung und die Demokratie ist.

Die Kommissionen für die Wahl der Richter müssen sich aus Universitätsdekanen, Richtern des Obersten Gerichtshofs und der Berufungskammer sowie Vertretern der Anwaltskammern zusammensetzen; etwa 2500 Juristen und Juristinnen könnten sich für die Richterstellen am Obersten Gericht (CSJ) und an den Berufungsgerichten bewerben. Die Kommissionen haben die Aufgabe, dem Kongress die am besten geeigneten Nominierungen zu übermitteln, die Abgeordneten müssen dann aus diesen Listen die RichterInnen wählen.

Der Monat Juli endet mit der ersten Sitzung der Kommission, welche für die Vorauswahl der RichterInnen für das Berufungsgericht zuständig ist, ohne dass sich diese darüber einigen kann, an welchem Ort die nächsten Sitzungen stattfinden sollen. Vorgeschlagen sind die Landívar-Universität und das Gebäude der Justizbehörde, was die Korrelation der Kräfte von zwei Gruppen zeigt, die danach streben, ihre KandidatInnen in den Gerichten zu platzieren.

Für Muñoz und die Alianza por las Reformas ist die Neuwahl der RichterInnen für die guatemaltekeische Bevölkerung von grosser Bedeutung, da sie sich direkt auf die Wahl der nächsten Behörden der Staatsanwaltschaft und des Verfassungsgerichts auswirken wird; außerdem werden sie die Justizbehörden sein, die Fälle im Zusammenhang mit den zukünftigen Wahlen im Jahr 2027 verhandeln könnten. In jedem dieser Fälle wird sich dies auf das tägliche Leben der Menschen auswirken: seit 2021 masst

sich das Oberste Gericht das Recht an, RichterInnen zu manipulieren, indem es sie ihres Amtes entheben kann. Das heisst, unabhängige RichterInnen können in ihrer Amtsausführung behindert und Richter, die anfällig für Korruption sind, begünstigt werden. Wenn es bei den Richterwahlen dieses Jahr keine Änderungen gibt, sind die Aussichten für die Justiz in Guatemala in den nächsten fünf Jahren düster.

Inmitten des Wettlaufs um Veränderungen an den Gerichten empfing Guatemala den Hochkommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OHCHR) Volker Türk, der sich mit Präsident Bernardo Arévalo und verschiedenen anderen Akteuren traf. Zum Abschluss seines Besuches gab er eine Pressekonferenz, in der er erklärte, dass Guatemala sich in einem entscheidenden Moment befinde, um die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und den Kampf gegen die Korruption zu stärken und eine Menschenrechtsagenda aufrechtzuerhalten. Er wies auch darauf hin, wie das Strafrecht zur Verfolgung von Justizbeamten, Journalisten und Menschenrechtsverteidigern eingesetzt wird.⁵

Eine weitere internationale Organisation, die von der Regierung Arévalo eingeladen wurde, war die Internationale Menschenrechtskommission (IACHR) der OAS, die ebenfalls mit verschiedenen Sektoren und Gemeinschaften zusammenkam. Am Ende ihres Aufenthalts im Land legte sie ihre vorläufigen Beobachtungen vor. Eine der geäußerten Sorgen ist die Schwächung der demokratischen Institutionen und der Unabhängigkeit der Justiz. Außerdem stellte sie 10 Aktionsfelder vor: Öffentliche Maßnahmen zur Beseitigung der Armut, zur Bekämpfung der Korruption, zur Beendigung der Kriminalisierung,

zur Einschränkung der Untersuchungshaft, zur Freilassung der politischen Gefangenen durch eine unabhängige Bewertung der Funktionsweise der Staatsanwaltschaft, zur Rückkehr der Exilanten, zur Aktivierung der Ernennungskommissionen, zur Transparenz bei der Auswahl der Richter und zur Wiederherstellung der Institutionen auf der Grundlage des Friedensabkommens. Die Kommission bot auch technische Unterstützung bei der Durchführung einer unabhängigen Überprüfung der Funktionsweise der Staatsanwaltschaft durch einen unabhängigen Mechanismus an.

Guatemala hat zwar eine neue Regierung, aber die bisherigen Strukturen der politischen und wirtschaftlichen Macht sind im guatemalteckischen Staat weiterhin vorhanden. Die nicht organisierte Bevölkerung in den städtischen Gebieten kämpft täglich mit den hohen Lebenshaltungskosten, dem Mangel an Transportmitteln und der Gewalt und ist nicht in der Lage, sich zu informieren und aufmerksam zu verfolgen, was in den politischen Sphären des Landes geschieht. Die organisierten Gemeinschaften führen weiterhin ihre politischen Aktionen durch, um die Agenda der derzeitigen Regierung zu beeinflussen und zu verändern - und das mit einer Staatsanwaltschaft, die nicht aufhören wird, diejenigen zu verfolgen und zu kriminalisieren, die im Land etwas verändern wollen.

Norma Sancir

Maya Kaqchikel, Journalistin und Verfechterin des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Rechte der indigenen Völker

⁵ <https://oacnudh.org.gt/2024/07/22/jefe-de-derechos-humanos-de-la-onu-volker-turk-concluye-su-visita-oficial-a-guatemala/>